

Der Tabak-Kerleiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erzieht nicht nur jeden Sonnabend nach Mittwoch alle Poststellen zu besuchen. — Der Einzelmentarpreis beträgt 1,50 Mark für das Dienstjahr ohne Gratistreiche.

Unterstützen müssen die Abningar mittags im unteren Geschäft aufgegeben sein. Der Angestellte wird dann 10 Pf. für die aufgehaltene Zeit. Der Betrag ist im Dienstjahr zu entrichten.

Nr. 44

Sonntag, den 4. November

1917

Versöhnung — nicht Rache!

Es wird ungenau viel aufseit, welche Stellung Deutschland nach dem Kriege in wirtschaftlichen Beziehungen enehmen werde. Und immer noch sind die umstehen Kräfte am Werk, die am liebsten eine wirtschaftliche Abgeschlossenheit des Zentralmächte herstellen möchten, um dem „Ausland“ die wirtschaftliche Macht Deutschlands füllen zu lassen. Die Kurzschlagnen führen gut nicht, daß ein wichtiger Faktor in ihren eigenen Reihen ihrephantastischen Absichten einen dicken Strich durch die Reduzierung macht, das ist die Sucht nach Gewinn. Sie entzündet die kündliche Racheucht, die einem Wirtschaftskrieg zu Grunde liegen würde.

Solche rachsüchtige Heißsporne, wie in Deutschland, Österreich, die vor einer schweren Zoll- und Absperrungs-politik zögern und hoffen, gibt es natürlich auch auf der feindlichen Gegenseite, wie die belauschte Partei Wirtschaftskrieger bewiesen haben. Aber hüten wir darüber nicht mehr sich über die notwendigen Folgen, die der Krieg auf wirtschaftlichem Gebiet hinterlassen wird. Die angehende Verteilung und Verförderung wirtschaftlicher Güter bringt in allen Staaten auf einen möglichst schnellen Aufbau des barniederliegenden wirtschaftlichen Getriebes hin und da ist es eine geradezu tödliche Tatsache, daß der Wiederaufbau in allen Ländern nicht ohne gegenseitige Rücksicht und Unterstützung erfolgreich möglich ist.

Die verschwundenen Bedürfnisse der einzelnen Staaten bedingen diese Rücksicht, da der eine Staat im Überfluß besitzt, was der andere nicht hat und doch bedarf. Die Rücksicht in kündlicher Weise ausschlagen, heißt auf die Rücksicht verzichten, die Schäden im eigenen Lande bestehen lassen, den Wiederaufbau normaler Verhältnisse behindern. Solche gemeinschaftliche Weisheitspolitik hat nach diesem angehenden Kriege in keinem der Staaten bestanden, sie wird sicherlich von schneller Einsicht der Massen wiedergerankt, die sichernd auf die Errichtung ausreichender wirtschaftlicher Not warten.

Aber die Kräfte, die den Wirtschaftskrieg nach dem Ende des Weltkriegs herausbeschwören möchten, haben, wie gezeigt, den Willen in sich, der ihre wahnwitzigen Pläne ermöglicht und in sich zusammenfassen läßt. Absperrungspolitik, starke Zollschranken usw. schränken den Welthandel mit ihm die Produktion ein. Damit wird die Gewinnquelle verstopft oder wenigstens verringert, die durch die Spaltung der ganzen kapitalistischen Wirtschaft vollzieht. Das ginge doch den Vertretern des Kapitalismus an die Nieren. Ihr ganzes Streben läuft schließlich auf die Vermehrung des Gewinns hinaus; sie werden alles tun, was dem hinderlich ist und ein paar Dutzend Theologen und Nationalökonomen theoretischer Art und Kulturkunst beiseite schließen, wenn ihre politischen Absperrungspläne den Weltverkehr einzämmeln würden. Denn einen Bericht auf die mit dem Welthandel verbundenen Gewinne will beileibe kein kapitalistisches Gemüth.

Es ist doch auch direkt widersinnig, nach dem Kriege, dessen Hauptziel das Ringen nach der wirtschaftlichen Niedermacht im Weltverkehr ist, den Weltverkehr einzengen zu wollen, statt seine Erleichterung zu fördern, die einen, wenn auch nur verhältnismäßig geringen Teil des Schadens, den der Krieg verursachte, auszutragen vermöchte.

„Wollen wir uns als Ziel setzen,* so schreibt Dr. Pinner in der Handelszeitung des Berliner Tageblattes ganz richtig, „nur für uns und unsre Bedürfnisse zu produzieren, so würde das notwendigerweise eine Weltteilung unserer Geschäfte zur Folge haben. Wir würden der Habeck gleichen, die zur Haushaltungsfahrt zurückkehren. Die Unternehmungslust, auf einen engen, überall nachbegrenzten Horizont beschränkt, würde Schwung- und Anlaufkraft verlieren, unser Kombination müßte der Entwicklungsraum unserer Idee die Weite verschlossen werden.“

Zur Habeck zieht das Ringen nach der wirtschaftlichen Niedermacht im Weltverkehr ist, den Weltverkehr einzengen zu wollen, statt seine Erleichterung zu fördern, die einen, wenn auch nur verhältnismäßig geringen Teil des Schadens, den der Krieg verursachte, auszutragen vermöchte.“

In diesen kurzen Zügen ist das Treiben und die Wirklichkeit der kapitalistischen Elemente ganz treffend gekennzeichnet. Diese dem Kapitalismus innenzuhörende Triebkraft ist glücklicherweise auch das Hindernis des Absperrungspolitik, die in den Wiener sowie Pariser Wirtschaftsfragen spukte. Nicht, daß wir von den kapitalistischen Urtendenzen, die den Plan einer Eingangswirtschaft hindern werden, befreidet waren,

aber sie hindern ein gewisser weiterer Neben, das unserer bei der Wiederaufstellung wirtschaftlicher Tätigkeit lauerte. Wir erwarteten und erfreuten vielmehr einen noch ganz anderen friedlicheren wirtschaftlichen Verkehr und Zustand zwischen den Völkern der Welt, als ihn der Kapitalismus gewährleisten kann. Indes da dieses unser Ziel momentan nicht erreicht werden kann, werden wir doch mit aller Kraft das Unstige dazu beitragen, daß nicht neue gewaltige wirtschaftliche Schäden über die Völker gebracht werden durch eine verblendete Wirtschaftspolitik, die von dem beschränktesten Egoismus eingegeben ist.

Statt die Kräfte mit wahnwitzigen Plänen zu verzetteln, die neue unverhüllte gegenseitige Bedrohungen enthalten, muß alles davon gesetzt werden, verschwindend zu wirken, um die Wiederaufstellung wirtschaftlicher Beziehungen zwischen den jetzt noch gegeneinander kämpfenden Ländern zu erleichtern. Das dient auch dem Frieden am besten.

Leider birgt der Kapitalismus stets Gefahren in sich, die auch die kriegsgängenden Elemente stärken. Da hilft es nicht, daß ihm bloß die Gishäne ausgedrohen werden. Das ganze Gebilde ist giftgesättigt und den Völkern gefährlich, so lange es besteht. Die von ihm ausgehenden Gefahren werden nur mit ihm selbst beseitigt werden. Das ist unser eternum causa.

Viel Arbeit.

In Voraussicht des kommenden Friedens bereitet man sich in allen Staaten auf die Wiederaufstellung normaler wirtschaftlicher Verhältnisse vor. Mit den wirtschaftlichen gehen die sozialen Hand in Hand, obwohl durch eine verständige Sozialpolitik fördernd auf die wirtschaftliche Entwicklung eingewirkt werden kann. Deshalb und auf eigenstem Interesse drängt die organisierte Arbeiterschaft bei der Neugestaltung der Wirtschaftsformen für die Friedenszeit auch sofort die sozialpolitischen Fragen in Angriff zu nehmen und zu zuständigstellender Lösung zu bringen.

Da gibt es viel Arbeit. Sie darf aber nicht unterbleiben oder verschleppt werden. Den Einwand, daß alle Kräfte erst für die Übergangszeit mobil gemacht werden müßten, lassen wir nicht gelten. Die Übergangs-wirtschaft wirkt bereits bestimmt auf die wirtschaftlichen Zustände der Zukunft ein. Bei ihrer Regelung müssen daher auch schon sozialpolitische Forderungen berücksichtigt werden, sonst kommen diese auf die lange Bank und die künftige Erledigung wird schwieriger.

Es geht aber bei uns sehr langsam und unbeholfen mit der Schaffung des Notwendigsten. Noch weiß man nicht, wie man die Teilung des Reichsamtes des Innern vollziehen soll. Es heißt, daß die Aufteilung der einzelnen Verwaltungsgesetz zwischen dem zukünftigen Reichamt des Innern und dem neuen Reichswirtschaftsamt sich nicht ganz reibungslos vollziehe, da sie zum Teil mitten durch einzelne Abteilungen des ehemaligen Reichamtes des Innern hindurchgehe. Vor November werde darüber völlige Klarheit kaum geschaffen werden, zumal eine genauere Abgrenzung mit dem Reichskommissariat für die Übergangswirtschaft erfolgen müsse. Die Personalveränderungen seien mit den bisherigen Ernennungen noch nicht abgeschlossen. Ministerialdirektor Dr. Lewald werde verantwortlich zum Unterstaatssekretär des Innern ernannt worden, während die anderen beiden Direktoren, Gaspar und Dr. Ronquier, Unterstaatssekretäre des Reichswirtschaftsamt werden sollen.

Was eigentlich die Reibungen bei der Neuerteilung bestehen, wird nicht verraten, seiwoh aber ist anzusehen, daß sie aus entgegengesetzten Erfassungen der vorgelegten Beamten entstehen. Wenn die Ansprüche bei der reichen vorliegenden Arbeit bereits so begonnen, wird die Arbeit kaum fleißig und befriedigend gefördert werden. Nebenbei bemerkt sind wir nicht erbaut von der Berufung Dr. Lewalds als Unterstaatssekretär für das Reichamt des Innern. Sein Amte bleibt da eine stark beeinflussende Kraft, die sich bisher als ein Demminis jenen Fortschritts bewährt hat. Das eröffnet gerade in sozialpolitischer Beziehung keine günstigen Aussichten, wenn auch die Erledigung beim Staatssekretär resp. beim Reichsfinanzrat liegt. Bleibt Lewald dann ist man eben mit seinem Auftreten einverstanden. Umso mehr müsse von außen, zunächst vom Reichstag initiativ auf die Sozialpolitik eingewirkt werden, um die Hemmnisse zu überwinden.

In jedem muß trotz der Teilung der Amtserwerbung möglichst günstiges Zusammenwirken erfolgen, wenn anders die großen Aufgaben der zukünftigen Wirtschaft der Sozialpolitik und anderer innerer Fragen bedient werden sollen.

ausgeführt werden sollen. Sie zeigt seine Bildungen bei der Teilung der Geschäfte entstanden, wie viel mehr sind sie bei der Erledigung der reichlichen und inneren greifenden Amt zu befrieden.

Vor allem müssen die dringendsten sozialpolitischen Forderungen der Arbeiter vom Reichamt des Innern in Angriff genommen werden. Und im Reichswirtschaftsamt wird man sich ebenfalls beschäftigen müssen. Arbeiterfragen zwingender Art schreiten zu erledigen. Die Arbeiter der verschiedenen Berufe bereiten sich auf die Zukunftswirtschaft vor und ziehen die Konsequenzen aus den bisherigen Erfahrungen. Sie gründet sich z. B. eine Arbeitsgemeinschaft ihrer Angestelltenverhältnisse, vor allem, weil sie erkennen, daß sie ihre Kräfte verhindern müssen, wenn sie einen tatsächlichen Einfluss auf die Gesetzgebung gewinnen wollen. Und die gesamten gewerkschaftlichen Verbände werden nicht versiegen, durch ihre zentrale Versammlung, die Generalkommision, in gleicher Stunde ihre Bündnisse und Forderungen zur Durchsetzung zu bringen.

Diese Forderungen hier einzeln aufzuführen, ist nicht nötig, sie sind bekannt. Hier unter ihnen sind Maßnahmen für die Gesetzgebung notwendig geworden durch die Bemühungen, die der Krieg mit sich gebracht hat. Die gegenwärtigen Sicherheitsmaßnahmen sind einer eingehenden Kritik unterzogen werden müssen, schon im Hinblick auf die Unterstützungsformen und Beträge.

Je nach der Teilung der Geschäfte zwischen Reichswirtschaftsamt und Reichamt des Innern wird man sich sehen müssen, welchem Zustand die Einzelfragen zu gewendet werden müssen. Bei der Besprechung dieser Frage zeigt sich jetzt schon, welche ein kolossal Fehler es ist, kein Reichsarchiv eingerichtet zu haben, bei dem alle Arbeiterfragen zusammenlaufen. Denn sieht die Errichtung von Arbeiter- und Angestelltenkammern, die vorbereitend alle Arbeiterfragen für die Gesetzgebung behandelt. Sie wären sicher imstande, die Arbeit zu erleichtern und zu günstigem Abschluß zu bringen, die Reichspolitik des Innern überhaupt der ganzen Wirtschaftssysteme hätte.

Außer allgemeinen Indizien, hat man während des Krieges in sozialpolitischen Angelegenheiten nicht vernommen. Alle Fragen, die vor dem Kriege schon auf die Regelbrannen stehen, können, niemand weiß, ob die Regierung sich endlich zu Zugeständnissen an die Arbeiterschaft bereit finden läßt. An dem gemessen, was sie z. B. bei der Frage der Arbeitsvermittlung vorgeschlagen hat und zu tun gedenkt, kann man sich keine Hoffnung machen, daß man endlich ein neuer Geist in die Sozialpolitik einzöge. Die neuen Staatssekretäre im Reichswirtschaftsamt und im Reichamt des Innern müßten dann sehr energisch Charaktere sein, die dem sozialen Fortschritt ernstlich die Bahn frei machen wollten. Widerstände würden sich folchem Vorgehen genug in den Weg stellen, aber je eher sie gebrochen werden — die Entwicklung geht schließlich doch über sie hinweg — um so besser für den ganzen gesellschaftlichen Gebäude staatlicher Organisation.

Viel Arbeit, viel Ehre — dann kann den neuen Staatssekretären zugetraut werden. Freilich kommt es aber darauf an, in wie die Arbeit erledigt wird.

Stark ist der Wunsch in weitem Kreise, besonders aber in der Arbeiterschaft, daß die älteren, ausgeschafften Gelehrten der amtlichen Sozialpolitik verlassen werden. Die durch den Krieg so hart geprägte Gesellschaft hat dafür keinen Sinn mehr, sie will neue Bahnen einzutragen wissen. Geschieht das nicht, dann ist auch für den inneren Frieden keine Stütze bereit.

Sozialer Vorauftschluß muß man der Regierung schon aufzutragen, daß sie weiß, daß ohne soziale Ausgleiche auch sie keine Seide spinnen wird. Und es sollte dann alles in ruhiger Arbeit zusammenlaufen, um nach dem Kriege einen besseren sozialen Zustand für den ganzen Volk zu schaffen.

Bekanntmachung über Zigaretten-tabak.

Vom 20. Oktober 1917.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Genehmigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen u. w. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 227) folgende Verordnung erlassen:

§ 1.

Zigarettentabak, der im Inland vorhanden ist oder aus dem Ausland eingeführt wird, ist zugunsten der Deutschen Zigarettenfabrik-Gesellschaft m. b. H. in Dresden beschlaghaft. Der Beschlagnahme unterliegt auch retrospektiv eingeführter Tabak, der nach Veröffentlichen

haut bringen, daß die Zigaretten unter aus-
sichten vergrößert ist, das ist der Zigarette oder in Gal-
lerien verfügbaren Tabak für Deutschland und Österreich-Ungarn zugunsten zu bringen. Gestaltung und die Zusammensetzung
sollte sehr beschränkt, denn mußte es sich ermöglichen
lassen, für den Rauchtabakbedarf unserer Zigarettenfabrikation
in bester Weise zu sorgen, wenn eben vom Vorläufer in
der Produktion Abstand zu lassen sind.

Für die Zigarettenfabrikation darf man wohl noch
nicht an ein Erfolg-seiger Streichungsmittel, man sucht
sie doch nach anderweitig zu helfen, so gut es geht.
Indem man ausländischen Tabak durch deutscher erzielt,
die Zigaretten verkleinert und durch leichter herstellt. Da-
gegen kommt die Rauchtabakfabrikation für Erfolg-
und Streichungsmittel sehr in Frage. Sie hat
bisher schon mit Surrogaten gearbeitet, wenn auch
nichts nicht mit der Menge des Erfolgs oder
der Streichung. Die Industriegegesetz heißt es, daß
die Verwendung von Surrogaten, also nur Zigaret-
ten, zulässig ist, um Zustimmung des Bundesrats.
Es dürfen z. B. Verarbeitung finden als Zigaretten-
fertiger, Weinschäfte, Weinstoffen (Stein-
öl), eingefüllte Rosinenkörner, Brüchenzucker,
genannte Bonbons, Kugelzucker, Alkoholzucker,
Festzucker, Salz, Karamellzucker und gekochte
Zwischen. Gekennzeichnet werden in der Rauchtabak-
und Schnupftabakfabrikation diese Surrogate als Zug-
mittel verwendet. Aber die Verwendung von Sur-
rogaten ist beschädigt. Will ein Fabrikant irgend ein vom
Bundesrat zugelassenes Mittel bearbeiten, so bedarf er
erst noch der besonderen zulässigen Genehmigung und
wird dieses gleichzeitig der Prozentsatz der gestalteten Be-
reichung festgesetzt. In der Regel wird eine Berechnung
über vier Prozent hinaus nicht erlaubt. Ob ich während
der Kriegszeit bei der Tabakknappheit etwas mehr gestattet
wird, können wir nicht sagen. Zu bemerken ist noch,
daß diese Zugelassenheit mit 120 % der Doppelzentner ver-
feiert werden muß.

Da nun Hopfen bis jetzt nicht zu den gestalteten
Zugmitteln gehört, darf er in keiner Weise dem Tabak
beigemischt werden; wird er jetzt schon zum Rauchen
verarbeitet in der Rauchtabak- und Zigarettenfabrikation, so
samt es sich nicht nur ein Zugang oder Streichungsmittel
zum Tabak handelt, sondern um ein vollständiges
Erfolgsmittel. Die Herstellung von Zigaretten oder
eines Rauchwaren kann aus Cigaretten, in diesem
Falle also aus Hopfen, ist nicht verboten. Solche voll-
ständig aus Cigaretten hergestellte Rauchware hat sogar
noch den Vorteil der Steuerfreiheit, während, wie oben
bemerkt, sie zur Zeit nicht erlaubten Surrogaten
verkleinert werden müssen. Es wird sich daraus nun folgen-
des ergeben: Bewahrt sich Hopfen halbwegs als Rauchmittel,
so wird er bei der Knappheit am Tabak als Erfolg notwendig
seit in Frage kommen. Eine Zweige der Tabakindustrie,
die ihr als Belebung benutzen können und wollen,
werden wahrscheinlich darauf dringen, daß er in die
Liste der Surrogaten aufgenommen wird; aber dann
wird man auch verlangen, daß größere Mengen be-
günstigt werden können, als es die jetzt von den am-
erlaubten Surrogaten geschehen darf, denn sonst lohnt es
sich auf diese Weise nicht. Dann wird aber auch die
Hopfen mit einem Schlag verschwinden mit 120 % der
Doppelzentner. Andererseits werden Unternehmer die sein-
de, wenn es sich bewährt, vorziehen, keine Hopfenvorräte
herzustellen, und sich gegen die Annahme des Hopfens in die
Liste der zulässigen Surrogaten wenden. Diese beiden Ge-
sichtspunkte kommen auch schon zum Ausdruck in dem an
anderer Stelle dieses Blattes abgedruckten Artikel der
"Bremer Nachrichten".

Und die Regierung? Sie hat natürlich ein sehr starkes
staatliches Interesse an der Sache, zumal sie bei der man-
gelnden Rohstoffbeschaffung der Zollabfertigung stark empfinden
dürfte. Erklärt sie den Hopfen als zulässiges Streichungs-
mittel, so daß er dem Tabak beigemischt werden darf, so
hat sie nach dem Zollabfertigungsgegesetz 120 % für den verbrannten
Doppelzentner; sie wird dann auch aus finanziellen Gründen
genötigt sein, die Beimischung in größerer Menge, als es
bisher bei andern Surrogaten geschehen durfte, zu ge-
statten. Auch auf Gründen der Belebung des Zwecks
mit Rauchwaren könnte die Regierung die Annahme
des Hopfens als Streichungsmittel in größerem Umfang
gestatten wollen. Aber das würde dann immer noch
nicht die Herstellung von Rauchwaren ohne Tabak ver-
hindern, so daß z. B. dann der Hopfen, der als 3 zu 1 z-
wischen Verwendung findet, die genannte Steuer tragen
mug, während der Hopfen, der ohne Verbindung mit
Tabak verarbeitet wird, steuerfrei bleibt, es müßte
sonst ein Verbot der reinen Belebung von Hopfen
als Rauchware erfolgen. Schließlich könnte sich
die Gesetzgebung kaum auch entschließen, den Hopfen
der zu Rauchwaren verarbeitet wird, einerseit, ob als
Zugmittel zum Tabak oder nicht überhaupt zu be-
steuern. In diesem Falle läge keine Benutzung oder
Verarbeitung vor, und die Regierung könnte zu einem
teilchen Erfolg der schwindenden Einnahmen aus dem
Tabak herauskommen neuerdings auch nach Rauch-
waren ohne Tabak aus anderen Bestandteilen als
Hopfen hergestellt. Die technische, finanzielle
und volkswirtschaftliche Seite dieser Belebung lassen mir
im Augenblick unberücksichtigt.

Warten wir also einmal ab, das Zeitalter des Raucher-
zuckers ernsthaft herankommt; zunächst ist ja wohl zunächst
die Anwendung bei der Gesetzte, doch ist in dieser
Zeit alles möglich.

noch etwas über Tabaksatz.

Unter dem Titel "Die Interessen unseres Volkes am
guten Tabaksatz und die Sellung der Regierung dazu"
ist ein Schreiben unserer Industrie in Nr. 25 der
"Bremer Nachrichten" vom 25. Oktober einer längeren
Artikel, den wir zur Information unserer Leser nachstend
abdrucken:

Zur Saison des Jahres 1916 zählte die deutsche Tabak-
industrie verschätzungsweise den freien Gewerbe. Gegen-
zeit dieser Zeit begannen Ereignisse, die Schaden durch
streitende Parteien zu verursachen. Mit Wirkung vom
10. Oktober 1916 war nunmehr die Herstellung von
Rauchtabak, Samtsack, Schnupftabak und Zigaretten
verbogen und zwar zunächst auf Grundlage der Ver-
arbeitung der ersten sechs Monate des Jahres 1916.

Unter diesen vor wenigen weiteren Ausführungen in
der Herstellung unterscheiden.

Die Saison des Jahres 1915 hatte nun eine fast unverhältnismäßige Entwicklung des
Zollabfertigungs und Rauchtabakbetriebes, was durch die Herstellung eines
großen Quantums ausnahmsweise hochkommunisten
um die immer knapper werdenden Tabakvorräte, un-
bestimmt, um das durch vermehrte Herstellung herver-
ursachte hohe Steuer der Rauchtabak und die dadurch
verdiente Verstärkung der benötigten Ration in Holland.

Die Interesse einer gleichmäßigen Herstellung der
bereits der Kriegsausbruch im Gewerbe tiefen Schaden
wurde Sommer 1917 die Fabrikation zurückgeworfen
auf die Zeit der ersten sechs Monate 1915, die bei allen
Fabrikanten noch als normale anzusehen waren. Es
sollte dabei gleichzeitig die Wirkung erzielt werden, die
erwünschten Interessen des Zollabfertigungs werden am
ehesten durchaus zuverlässigen zuverlässigen. Leider
wurden durch diese Maßnahmen unter einzelne kleine
Zigarettenfabrikanten betroffen, die auf Anregung der
Regierung auf der sozialistischen Linie unterzogen
hatten Ende 1915 und Anfang 1916 arbeitlose we-
gewerbliche Arbeiter für das Zigarettenmöbel einzuh-
olen. Während nun gewisse Interessen der Tabak-
industrie mit Rücksicht auf die hohenste Arbeitslosigkeit
und mit Rücksicht auf die Beschaffung der erwähnten
großen Auswüchse einzelner Zigaretten-Großhersteller die
Herstellung der Zigaretten, Samt- und Schnupftabak
Herstellung auf ausnahmsweise hohe unverhältnismäßige der Re-
gierung empfohlen, verkannten sie es gleichzeitig, eine
Ausnahmebehandlung des Rauchtabaks durchzuführen. Die
Rohstoffkräftigen Rauchtabak-Großhersteller konnten
nämlich während des Krieges durchwegs Vergroßerungen
ihre Fabrikation vornehmen und dadurch eine stetige
Steigerung ihrer Herstellung erreichen. Dies trat aber
erst nach Mitte 1915 wieder in die Erziehung. Manche
Fabrikanten arbeiteten jedoch im Jahre 1916 mit Tag-
und Nachtschicht. Es gelang nun diesen Interessenten
des Zollabfertigungs, namentlich aus dem gewerblichen
und gewerkschaftlichen Zollabfertigungsraum des Deutschen
Zollvereins, die Regierung zu gewinnen, daß der
Rauchtabak die Wirkung durchzuführen, als
Konkurrenzunterlage gerade jene ersten sechs Monate
1916, allerdings mit einem kleinen Abschlag, schwächen
Es erzielten also diejenigen Rauchtabakfabrikanten eine
besonders Vergünstigung, die durch vollauf Anwendung der
Konkurrenzunterlage in einer Art zum Steigen der Rohstoff-
preise und zum Sinken der Ration zum Schaden der
Gesamtheit beitragen. Nicht alle hatten aber zu jener
Zeit in dieser Weise ohne Rücksicht auf die Schad-
bildung der deutschen Ration brauchbar fabriziert. Es
war vielmehr der Führer der nordwestdeutschen Gewerbe, ein
Hamburger, der auf einer Versammlung nordwestdeutscher
Rauchtabakfabrikanten, im Februar 1916 seine Ver-
folgungen vor dieser fortwährenden Herstellung und gewaltsa-
men Ausnutzung der Konkurrenzunterlage warnte und im
Interesse der Allgemeinheit eine zurückhaltende Herstellung
und Streichung der Ration empfahl.

Die Regierung billigte also zum denjenigen
Rauchtabakfabrikanten, die ohne Rücksicht auf die
Schädigung der deutschen Ration eine übermäßig
vergrößerte Herstellung begonnen hatten, daß zu-
weil man den kleinen Zigarettenfabrikanten im Interesse der
Allgemeinheit vertagen möge, welche zu fordern ist, daß
diese kleinen Zigarettenfabrikanten nach Mitte 1915 auf
bekanntliche Anregung und nicht lediglich aus Gewinnabsicht
die Herstellung ihrer Fabrikation durch Konkurrenz
vergrößertlicher Arbeiter vornehmen. Diese Zeitstufe
hatte doch im empfänglichen Gegenstand zu der Schädigung
der Räume des deutschen Zollvereins zu führen.
Das dieser Fazit es als keine vernünftige Rücksicht erwies
die kleinere und mittlere Ration des Gewerbes zu
schützen. Die Urtheile dieser Einschätzung der Sonder-
stellung des Rauchtabaks gehören nämlich zu den Faziten des
Deutschen Zollvereins.

Ähnlich mehrgeschichtete Fazite bei der auf Anregung
der Regierung gegründeten Deutschen Zollabfertigungs-
Gesellschaft in Bremen und der Deutschen Feuer-
wehrabteilungen von Zollabfertigungen in Bremen sowie
auch im Reichsrat des Innern verabschiedet waren, haben
die hiesigen Rauchtabakfabrikanten, so durch diese einges-
etzte Sonderstellung nicht begrüßt, sondern gewidrig
wurden, bei dem entsprechenden Reichstag im Interesse der
Fazite des Gewerbes bestätigt.

Da seit Mai 1917 nur die halbe Herstellung der in
den ersten sechs Monaten des Jahres 1916 hergestellten
Menge Rauchtabak zur Verarbeitung freigegeben war,
die zur den besterzeugten Betrieben noch eine solle
Zugeständnung des vergrößerten Betriebes erlaubt
samt die benachbarten Rauchtabakfabrikanten darüber
noch, wie sie ihre mit die halbe Zeit hergestellte Her-
stellung belastigen könnten. Bei dem Wangelen Rothenbach
und dem dringenden Bedarf an Rauchtabak, namentlich von
seiten der Gewerbeverbände und Arbeiters der Rüstungs-
industrie, lag es nahe, die Herstellung eines Rauchtabak
erfolges anzunehmen. Dies war aber sehr schwierig, weil
denn eben Tabak nicht gleichwertig an die Zeit ge-
holt werden konnte. Um Bremberger Gewerbeverbände fand
samt auf den Gewerben einen Hopfen als Rücksicht
erst zu erzielen. Der Belebung derselben zu Rauch-
tabakabfertigungen ließen sich aber manche Schwierigkeiten in den
Zug. Hopfen bringt edige und günstige Belebung, die im
zweiten Zustande den Brand und den Geschmack ungünstig
beeinflussen. Es ist nun gelungen, den Hopfen unter Wic-
kung von Gasplauen die Tabakbranche ja zu bringen und die

zweckmäßige Herstellung zu gewährleisten. Daraus ist der
Zollabfertigungs im beständigen Sonderabfertigungs-
behörden, Weißensee, folgt, daß die Herstellung des
Rauchtabakabfertigungs und Rauchtabak hergestellt wird,
sodass gemacht, so dass keine höhere oder niedrigere Sonder-
abfertigung als Rauchtabak hergestellt wird, das und den
Gewerben verhältnisse und beständige Sonderabfertigungs-
behörden bestehen und es gleichzeitig beständige Sonderabfertigungs-
behörden sind, obwohl die niedrigere Sonderabfertigungs-

sein, daß durch die Herstellung eines brauchbaren Tabak-
erfolgs vielen Deutschen geholfen wird. Einmal die
Surrogatoren, die jetzt ihren alten Haken, dessen Export
nach England durch den Krieg unterbrochen war, zu
schließenden Preisen beschaffen können. Insbesondere
Schnupftabak mit Schnupftabak, die im Reichsrat
des Innern im September 1917 bei einer Versammlung
über die Höhe eines vermeintlichen Herstellung
von Tabakabfertigungen für den freien Handel bestimmt
wurden werden müssen. Dritten den Rauchtabak und
vierten, denjenigen Rauchtabakabfertigungen, die durch die
Herstellung der Rauchtabakabfertigungs gefördert werden,
welche will über die Rücksicht die Herstellung der
erwünschten Sonderabfertigungen verhindern. Sie eben
wurden bevorzugten Rauchtabakabfertigungen wollen, ins-
besondere bei der von ihnen im Reichsrat des Innern
erreichten Sonderabfertigung und Sonderabfertigung nach 1917
beginnen. Sie wollen den erlangten Vorteil eben
auf die Herstellung von Rauchtabak abstimmen. Hierzu
sicherlich planen sie eine Verkürzung oder als Erfolg
erfolg in den Handel gebrachten Waren und zwar in
einer Höhe, die den Gewerbez von deutschem Rauchtabak
und ausländischen Tabakabfertigungen übersteigt. Hierzu wäre
aber, da es jetzt um ein neues Geschäft handelt, die Zu-
förderung des Reichstags notwendig, die aber vornehm-
lich mit Rücksicht auf die Preise des einfachen Menschen
zu leicht nicht zu erreichen. Diese Herren können nun
eine folgenden genialen Einfall der Regierung zur Über-
prüfung auf den Sonderabfertigungen zu empfehlen:

Die Herstellung von Rauchtabakabfertigungen ohne Hopfen
eine Beimischung von echtem Tabak soll weiterhin
Rauchtabakabfertigungen ohne Beimischung des echten Tabak ist
natürlich stärker. Hopfen soll vom Gewerbe auf die
Art der Sonderabfertigungen gewidmet werden, die kein
Rauchtabak gewerbsmäßig hergestellt werden, das ist
doch wieder auf einen Gewerbez von 120 % auf den
Doppelzentner kommen. Die Verkürzung oder Sonderabfertigung
zum eigenen Vorteil soll dann nur in einer höheren Menge
gestattet werden. Durch diese hermatische Veränderung
erreichen die Rauchtabakabfertigungen eine Vergünstigung
ihres durch die Sonderabfertigung des Rauchtabak entgangenen
Vorteils. Gewiss fördert die Konkurrenz des echten
Beimischung von Rauchtabak in den Handel gebrauchten Rauch-
tabak des und geweckt genügen sie nun auf Grund-
lage ihres durch die Sonderabfertigung des Rauchtabak er-
langten durchwegs vergrößerten Sonderabfertigungs in verhältnis-
mäßig hohe auf den Vorteil der Sonderabfertigung
als Beimischung zum Rauchtabak. Dadurch erhält
ebenso eine Verkürzung des Rauchtabak, wenn Hopfen zugleich 120 Mark Steuer für den
Doppelzentner als zur Beimischung zugelassenes Tabak-
vertrag stellt sich besser die Tabakabfertigungen und insbesondere
Rauchtabak, besonders die Hopfen in der Fabrikation einer
größeren Gewichtseinheit als Hopfen und insbesondere
Tabak hat. Das macht aber nichts aus. Es wird eben
doch ein höherer Preis benötigt und bedingt die Sonde-
rung abgleichen. Der durch die Sonderabfertigung und durch
die Ausnahme des Rauchtabak entgangene Sonderabfertigungs
wird so auch noch auf die Herstellung des Tabakabfertigungs
als Beimischung aufgegliedert.

Damit man diese Rauchtabakabfertigungen, die das die
Regierung bestimmt auch ein Mandat in Händen haben,
wurde am Freitag, den 12. Oktober, eine Versammlung
des Reichsrats-Landesrates des Deutschen Zollvereins
von Berlin einberufen. Nach beständiger erläuterten
Sitzung wurde in letzter Runde als letzter Punkt des
Plan der Versammlung vorgelegt. Da die Mehrheit
der Rauchtabakabfertigungen die Herstellung von Tabak-
abfertigungs nicht aufgenommen haben, waren die jah der
Zugeweihte des Rauchtabak nicht bewilligt. Der die
Versammlung wurde dann dieser Antrag gegen eine Wieder-
holung angenommen. Es erzielte sich hier als dass einges-
etzte Schauspiel, daß diejenigen Hersteller, die keinen
Rauchtabakabfertigungen teilnehmen, nur und mit darüber ab-
stimmen, ob die anderen Hersteller diese Fabrikation
weiter bereitstellen würden. Gleichzeitig wurde bekannt, daß
diese beiden Fazite des Rauchtabakabfertigungen der Regierung
gewidrig sind, um Hopfen einzuführen und weitere vergrößern
wollen, die Hopfenverarbeitung auszuprobieren.

Vorläufig wurden nun der Bundesrat und der
Reichstag über diesen Beschlüssen der beständigen Rauch-
tabakabfertigungen einen Schluß durch eine Rücksicht
auf die höchste Zeit, dass die Rauchtabakabfertigungs
auf die gleiche annähernde Sonderabfertigungsart
entwickelt wird, wie die Zigaretten, Star- und Schnupftabak-
abfertigungen, nämlich zeitig vom Gewerbe
der nächsten Monate des Jahres 1916. Das gibt auf
Sie genau die gleiche Menge Rauchtabak für die Ver-
arbeitung, nur dass die Herstellung dieser Menge auf die
einzelnen Hersteller sich je umfangen der einzelnen beständigen
Betriebe verteilt. Dann sollte die Herstellung
dem reichen Rauchtabakabfertigungen schon bestellt
werden, weil es sofort als steuerfrei zu beobachten ist, wenn
Zug im Handel eingesetzt wird, da es als Tabak-
abfertigungs steuerfrei oder verboten würde. Weiters mit
man aber die Herstellung eines wirklich guten Doppel-
zentneres verbieten? Sicherlich gibt es doch zu großen
Bedarf Belebung eine bislang steuerfreie Ware,
den Hopfen, unter eine Steuer zu bringen, wenn die
Ware nur für die Zeit des Krieges als reiner Rauch-
tabakabfertigungs im Handel eingesetzt, nur einem dringenden

